



- Kapitalerhöhung (Art. 650 ff. OR)
 - ordentliche (Art. 650, 652 ff. OR)
 - genehmigte (Art. 651, 652 ff. OR)
 - bedingte (Art. 653 ff. OR)

- Kapitalherabsetzung (Art. 732 ff. OR)
 - konstitutive (Art. 732-734 OR)
 - deklarative (Art. 735 OR)

- Exkurs: Kapitalband (Art. 653s ff. E-OR 2016)



- hauptsächliche Gründe (für eine ordentliche oder genehmigte Kapitalerhöhung)
 - Eigenfinanzierung durch Beteiligungsfinanzierung: Beschaffung neuer Mittel (z.B. zur Finanzierung einer erweiterten Geschäftstätigkeit oder zur Sanierung der Gesellschaft)
 - Schaffung neuer Aktien im Zusammenhang mit einer Fusion oder einem Aktientausch
 - Erweiterung des Aktionärskreises
 - Umwandlung von Fremd- in Eigenkapital (Folie 110)



➤ Ablauf

- öffentlich beurkundeter Beschluss der Generalversammlung (Art. 650 Abs. 1 OR)
- Durchführung durch den Verwaltungsrat (Art. 650 Abs. 1 OR): Angebot zur Zeichnung, Überprüfung der Liberierung, Kapitalerhöhungsbericht (Art. 652 ff. OR)
- Prüfungsbestätigung eines zugelassenen Revisors (Art. 652f OR)
- Abschluss durch den Verwaltungsrat: Statutenänderung, Feststellungen, Anmeldung zur Eintragung ins Handelsregister (Art. 652g f. OR)
- Eintragung ins Handelsregister (Art. 46 ff. HRegV)



- Arten der Liberierung (wie bei der Gründung, daneben zusätzliche Arten)
 - Barliberierung (Art. 652c in Verbindung mit Art. 633 OR)
 - Liberierung durch Sacheinlage (Art. 652c in Verbindung mit Art. 634 OR)
 - Liberierung durch Verrechnung (siehe Art. 652c in Verbindung mit Art. 634a Abs. 2 und Art. 635 Ziff. 2 OR; Folie 110)
 - Liberierung durch Umwandlung von Eigenkapital (Ausgabe von "Gratisaktien") (Art. 652d OR)
 - Herabsetzung der Liberierungsquote (vgl. Art. 652c in Verbindung mit Art. 632 OR)
- Auswirkungen in der Bilanz
 - Zunahme des Vermögens (Aktiven): Barliberierung, Liberierung durch Sacheinlage, Herabsetzung der Liberierungsquote
 - Umwandlung von Fremd- in Eigenkapital (Passiven): Liberierung durch Verrechnung
 - Umwandlung von Eigenkapital (Passiven)

Liberierung durch Verrechnung im Fall einer Überschuldung



Aktiven	Passiven
Bruttovermögen	
20	
	Fremdkapital
40	
Verlustvortrag	Aktienkapital und gesetzliche Reserven
80	60



- Reduktion des Anteils am Aktienkapital (Beteiligungsquote)
 - geringeres Stimmengewicht
 - geringerer Anteil an der insgesamt beschlossenen Dividende bzw. geringerer Liquidationsanteil
- Auswirkung auf den Wert der Beteiligung: Verwässerung der Beteiligung bei Ausgabe der neuen Aktien unter dem inneren Wert
- Schutz der Beteiligungsquote und der vermögensmässigen Stellung der Aktionäre durch das Bezugsrecht, entsprechend ihrer bisherigen Beteiligung (Art. 652b Abs. 1 OR)
- legitime Interessen der Gesellschaft an einem Entzug des Bezugsrechts (siehe Art. 652b Abs. 2 OR)



➤ Schutz durch formelle Vorschriften

- Entzug des Bezugsrechts nur im Rahmen eines Kapitalerhöhungsbeschlusses der Generalversammlung (Art. 652b Abs. 2 Satz 1 OR)
- "wichtiger Beschluss" (Art. 704 Abs. 1 Ziff. 6 OR)
- Kapitalerhöhungsbericht (Art. 652e Ziff. 4 OR) und Prüfungsbestätigung (Art. 652f OR)

➤ Schutz durch materielle Vorschriften

- Entzug nur aus wichtigen Gründen (Art. 652b Abs. 2 Sätze 1 und 2 OR; siehe BGE 91 II 298 ff.; BGer Urteil 4A_43/2007)
- keine Begünstigung oder Benachteiligung in unsachlicher Weise (Art. 652b Abs. 2 Satz 3 OR)
- keine Verletzung des Prinzips der schonenden Rechtsausübung (siehe BGE 121 III 219 E. 3 S. 238)

➤ Folgen einer Verletzung des Bezugsrechts

- Anfechtbarkeit des Generalversammlungsbeschlusses (siehe Art. 706 OR)
- Verantwortlichkeitsklage (siehe Art. 754 OR)



- Ermächtigung des Verwaltungsrates durch die Generalversammlung, eine Kapitalerhöhung durchzuführen (Art. 651 Abs. 1 und 4 OR)
- Gründe
 - Flexibilität und Entscheidungsfreiheit für den Verwaltungsrat bei der Eigenkapitalfinanzierung
 - rasche Schaffung neuer Aktien im Bedarfsfall
 - mehr Zeit für die Durchführung als bei der ordentlichen Kapitalerhöhung
- Besonderheiten im Vergleich zur ordentlichen Kapitalerhöhung
 - umfangreichere Kompetenzen des Verwaltungsrates (siehe Art. 651 Abs. 3 OR)
 - bloße Ermächtigung, keine Pflicht des Verwaltungsrates (siehe Art. 651 und demgegenüber Art. 650 OR)
 - Begrenzung des Umfangs der Kapitalerhöhung im Verhältnis zum bisherigen Aktienkapital (Art. 651 Abs. 2 Satz 2 OR)
 - Frist zur Durchführung von längstens zwei Jahren (siehe Art. 651 Abs. 1 und demgegenüber Art. 650 Abs. 1 OR)



➤ Besonderheiten bei Ablauf und Beschlussfassung

- öffentlich beurkundeter Beschluss der Generalversammlung zur Änderung der Statuten (Art. 651 Abs. 1 OR)
- "wichtiger Beschluss" (Art. 704 Abs. 1 Ziff. 4 OR)
- Delegation bestimmter Entscheidungen an den Verwaltungsrat: ob, wann (innerhalb der vorgegebenen Frist) und in welcher Höhe das Aktienkapital erhöht wird; Ausgabebetrag der Aktien; Art der Einlagen (siehe im Einzelnen Art. 651 Abs. 3 OR)

➤ Besonderheiten beim Bezugsrecht

- Entzug des Bezugsrechts bei Publikumsgesellschaften als Regel, um die Flexibilität des genehmigten Kapitals zu nutzen
- Delegation der Entscheidung über den Entzug des Bezugsrechts an den Verwaltungsrat, wobei der Generalversammlungsbeschluss die als "wichtige Gründe" qualifizierenden Verwendungszwecke des genehmigten Kapitals in allgemeiner Weise umschreiben muss (siehe Art. 651 Abs. 3 in Verbindung mit Art. 650 Abs. 2 Ziff. 8 OR; BGE 121 III 219 ff.)



- Verminderung des Aktienkapitals
- konstitutive Kapitalherabsetzung (Art. 732-734 OR)
 - (Rück-)Zahlung von Vermögen an die Aktionäre (oder Befreiung von der Liberierungspflicht)
 - Gründe: u.a. Überkapitalisierung der Gesellschaft gemessen an ihrer Geschäftstätigkeit (höhere Steuern, geringere Eigenkapitalrendite); Vernichtung eigener Aktien (namentlich im Anschluss an einen Rückkauf eigener Aktien); "Gewinnausschüttung": Teilhabe der Aktionäre am positiven Geschäftsergebnis der Gesellschaft
 - Exkurs: Erwerb eigener Aktien als "Kapitalherabsetzung" (siehe Art. 959a Abs. 2 Ziff. 3 lit. e OR; Art. 659a Abs. 4 E-OR 2016)
- deklarative Kapitalherabsetzung (Art. 735 OR)
 - Beseitigung einer durch Verluste entstandenen Unterbilanz (siehe Folie 98)
 - Grund: Sanierungsmassnahme, welche die Erwirtschaftung und raschere freie Verwendung von Gewinnen auch ohne vorgängige Ausgleichung von Verlusten ermöglicht



- unterschiedliche Beeinträchtigung von Gläubigerinteressen
 - konstitutive Kapitalherabsetzung: Verminderung des Gesellschaftsvermögens und damit des Haftungssubstrats
 - deklarative Kapitalherabsetzung: keine Verminderung des Gesellschaftsvermögens, doch sind künftige Gewinne ohne Rücksicht auf die erwirtschafteten Verluste rascher frei verwendbar
- unterschiedliche Gläubigerschutzvorschriften bei der konstitutiven und bei der deklarativen Kapitalherabsetzung (siehe Art. 732, 733 f. bzw. Art. 735 OR)
- Umsetzung der Kapitalherabsetzung
 - Verminderung des Nennwerts der Aktien
 - Verminderung der Anzahl Aktien